

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzelle oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Oerten 20 Pfg.

Nr. 277

Montag, den 25. November 1918.

35. Jahrgang.

Das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei.

Stuttgart, Nov. Im Stadtpark fand gestern Abend eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei statt, in der der frühere Staatssekretär Konrad Hausmann über die gegenwärtige Lage sprach und im Anschluß daran die Richtlinien darlegte, die unter den neuen Verhältnissen die Politik der Partei werden bestimmen müssen. Die Versammlung war von Angehörigen aller Parteien so stark besucht, daß beide Säle bis auf den letzten Platz besetzt waren, als Bürgerauschmittglied Hausmann mit dem Dank an die heimkehrenden Truppen und an die Führer Payer und Hausmann den Abend eröffnete.

Reichstagsabg. R. Hausmann führte in seiner, oft von starkem Beifall unterbrochenen Rede aus:

Deutschland hat den Krieg verloren. Die tapferen Truppen kehren mit gekelter Fahne in die Heimat, die durch ihre Aufopferung unermesslich ist und die sie voll Dank und voll Wehmut empfängt.

Der Kaiser hat die Krone verloren, und er hat jede deutsche Monarchie in seinen Sturz hineingezogen. Das bisherige System ist zusammengebrochen.

Neben der Schuld der Einkreisungspolitik Russlands, Frankreichs und Englands dürfte man den Schuldteil nicht verschmerzen, der den Kaiser mit seinem Gottesgnadentum und die rücksichtslosigen Verfassungszustände Deutschlands treffen. Wäre Deutschland eine Demokratie gewesen, so wäre der Krieg nicht gekommen oder lange vor dem Zusammenbruch beendet worden. Die annexionspolitische Politik Ludendorffs sei ein Verhängnis gewesen, seine Forderung des Rücktritts Bethmanns wegen Friedensverletzung diktatorische Ueberhebung, die Durchbrechung der Politik des Reichstags, der am 19. Juli 1917 Einleitung des Friedens verlangte, eine Todsünde. Das Kriegsförderungsgesetz der Alldeutschen und der Vaterlandspartei sei Wahnsinn.

Lirpich trage eine unerhörte Verantwortung; der U-Bootkrieg sei ein unerhörter Fehler gewesen. Michailis und Hertling haben die wichtige Zeit vom Juli 1917 bis Februar 1918 ungenützt verstreichen lassen. Der Offizierspolitik vom Januar 1918 schloß das staatsmännliche Augenmaß. Wir haben rechtzeitig zum Frieden vor der Frühjahrsöffnung gelangt. Ich klage diejenigen an, die eine blinde Annexionspolitik getrieben. Ich klage die Verblendung an, die anderthalb Jahre lang dem preussischen Volke das gleiche Wahlrecht verweigert hat. Ich klage die jaghafte Schwereffektivität der Staatsleitung an, die sich immer vor ein „zu spät“ gestellt sah und in der jüngsten Gefahr erst eine demokratische Regierung zu spät gerufen hat.

Prinz Max — vor einem Jahr berufen — hätte sich die Politik in eine andere Richtung gelenkt. Im Oktober 1917 habe mit auf demokratische Empfehlung hin Valentini dem Kaiser die Verzichtung dieses Staatsmonarchen vergeblich vorgeschlagen. Seine Regierung habe in einem kurzen Monat das Reich demokratisch umgestaltet und würde auf gesetzlichem Wege dieses Werk fortgeführt haben, nachdem der Kaiser auf den dringenden Rat des Königs und der demokratischen Kabinettsmitglieder zurückgetreten ist. Der Staatsrat muß neu ausgerichtet, der Freistaat eine feste Grundlage werden. Das souveräne Volk lehne jeden geschlossenen Zustand und jede Diktatur ab.

Die Grundlinien unserer Politik:

Wiederanerkennung des Vaterlands und des Volkes, Schaffung von Arbeit und darum keine Desorganisation des Wirtschaftslebens. Ein freihändlerischer Wirtschaftspakt müsse von der organisierten Arbeiterschaft und den Unternehmern geschlossen und durchgeführt werden. Die neue Freiheit habe Ordnung, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zur Voraussetzung. Das Volk dürfe nur dem Gesetz unterworfen werden, das sich das Volk selbst gegeben hat. Die Würde der Arbeit sei das Kennzeichen der neuen Zeit.

Der Idealismus als Gegengewicht des Egoismus und Materialismus sei von Staatswegen zu pflegen.

Nebener betont als Folgerungen aus diesen demokratischen Ideen:

1. Konstituierende Nationalversammlung und Landesversammlung, Freistaat als Regierungsform, Einkammerigkeit, Abschaffung der Wertsprellprivilegien und der Wertsprellprivilegien.

2. Reichseinheit, Aufnahme Oesterreichs, Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters und des Bundesstaats Württemberg, Stärkung des Selbstverwaltungsorgans im Staat und in der Gemeinde.

3. Grundrechte sind unter den Verfassungsschutz zu stellen: Gewissensfreiheit und Bekenntnisfreiheit, freie Kirche im freien Staat, Rechtsgleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied der Religion, des Berufs und Geschlechts.

Recht auf Arbeit, Erwerbslosigkeitsfürsorge anstelle von Armenfürsorge, Schutz der persönlichen Freiheit, Schutz des Privateigentums, Recht auf Volkshilfe, Schutz der Wissenschaft und Kunst, Reform des Schulwesens und gesunde Schulpolitik mit Staatsbürgerlichem Unterricht.

4. Freie Regierungsgewalt und Landesverwaltung. Die Regierung muß mit dem Vertrauen der freigewählten Volksvertreter stehen und fallen. Der demokratische Grundgedanke der Mehrheit muß regierungsbildend wirken. Die Minister sollen zumeist dem Parlament entstammen werden.

Die unmittelbare Volksabstimmung muß über einschneidende Besche entscheiden.

5. Der Arbeit und dem Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes muß ihr Recht und ihr Schutz werden. Die Gewerkschaften sind als Grundstock der Arbeiterorganisationen anzuerkennen. Internationaler Arbeiterkongress, Achtstundentag als feste Regel, Förderung der Gewerkschaften, Förderung der Arbeitervereine; staatliche Förderung der Landwirtschaft, besonders durch Unterstützung von Kulturmaßnahmen, innere Kolonisation, Aufhebung der Fideikommiss und Aufstellung unerschöpflich aufgehäuften Großgrundbesitzes, genossenschaftliche Zusammenarbeit.

Staatliche Förderung des Handwerks und des Mittelstands insbesondere durch Fachunterricht, Fachvereine und genossenschaftliche Zusammenarbeit.

Der Industrie und dem Handel, deren Unternehmungsgeist nie erloschen war, müssen die Bedingungen zum Besuch von Rohstoffen und zum Export geschaffen werden.

Zwischen Produzenten und Konsumenten sind auf den hierfür geeigneten Gebieten unmittelbare Beziehungen zu begründen.

Uebernahme der monopolistisch entwickelten Wirtschaftsbetriebe, wo immer kein Rückgang der Wirtschaftlichkeit droht, in Staatsbetrieb oder wirtschaftlich gemeinschaftlichen Betrieb.

6. Reichseisenbahnen, Ausgestaltung der Binnenschiffahrtswegen.

7. Gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten. Hohe und progressive Besteuerung der Vermögenden. Schärfe Erfassung der Kriegsgewinne, vor allem derjenigen aus Staatsaufträgen. Einmalige progressiv gestaltete Vermögensabgabe.

8. Sparsamste Verwaltung mit einfacher Behördensorganisation, Verflachte Mitwirkung des Volkes der Rechtsprechung und Verwaltung.

9. Der Inhalt und Geist des Friedensvertrags wird über den Völkerbund entscheiden, dem Deutschland beitreten kann, wenn gerechte Grundlagen und Handhabungen vorliegen sind.

10. Der Friedensvertrag bestimmt den Umfang der notwendigen Abrüstung, die Herabsetzung der Dienstdauer und die gesamte Umgestaltung des Heereswesens, aus dem das Einheits-Prinzip wie jedes Offiziersprivileg weichen muß.

Das Wichtigste aber ist die Bildung einer freien Staatsmeinung. Die neue Freiheit kann einzig durch Diktatur und Terror einer Minderheit gefährdet werden. Darum müsse das ganze Gewicht des Volkswillens den Störungsvorfällen entgegen gesetzt werden. Der habe ein schlechtes Gewissen, der die Volksherrschaft fürchtet. Deutschland lasse sich nicht von einer kleinen Berliner Minderheit tyrannisieren, die sich von Rußland aus leiten läßt.

Alle, die gleichen Sinnes sind, auch Frauen und die Jugend, müsse man aufrufen, einen Wall um das Vaterland zu bilden.

Schwarz-Rot-Gold.

Durch die große Umwälzung ist die schwarz-rot-goldene Fahne wieder zu Ehren gekommen und sie wird vermutlich das Wahrzeichen der deutschen Republik werden. Ueber den Ursprung der Farben wird der „Straß. Post“ geschrieben: Im Mittelalter hatten wir in Deutschland ein Reichsbanner, das einen schwarzen, einköpfigen Adler im goldenen Feld darstellte, und eine Reichssturmfahne. Diese bestand aus einem langgestreckten goldenen Banner, das an einer mit silberner Spitze versehenen roten Stange befestigt war und einen den Kopf nach der Stange streckenden schwarzen Adler zeigte. Nimmt man die Farbe der Stange hinzu, so sind bei der alten Reichssturmfahne bereits die Farben Schwarz-Rot-Golden vertreten. Als diese Fahne nicht mehr gebraucht wurde, blieben Schwarz und Gold die Reichsfarben bis zum Jahre 1806, dem Ende des alten Deutschen Reichs, wo Kaiser Franz, der schon 1804 den Titel Kaiser von Oesterreich angenommen hatte, die deutsche Kaiserkrone niederlegte. Oesterreich führte dann die Reichsfarben weiter. Nur 10 Jahre sollte es dauern, da kamen in Deutschland die drei Farben der alten Reichssturmfahne wieder auf. Unter dem erhebenden Eindruck des Befreiungskampfs gegen den Korfen wurde 1815 in Jena von Studenten eine allgemeine Burschenschaft von christlich-deutschem Charakter gegründet. Am 31. März 1816, dem zweiten Jahrestag der Einnahme von Paris, überreichten Jenaer Frauen und Jungfrauen der jungen Korporation eine schwarz-rot-goldene Fahne, die heute noch in Jena aufbewahrt wird. Wie die Frauen und Jungfrauen zur Wahl dieser Farben kamen, darüber gehen die Meinungen auseinander. Nach der einen wollte man die Farben der Reichssturmfahne zu neuem Leben erwecken, nach anderen war die schwarz-gelbe Uniform der von Theodor Körner verherrlichten Lützower das Vorbild. Wieder andere meinen, die frühere Landmannschaft Vandalia, die in der Burschenschaft aufging, habe eine drittfarbige Fahne gehabt, die dann zur Burschenschaft geworden sei. Endlich vertrat man auch die Ansicht, ein für das Vaterland begeistertes Jenaer Mädchen, Amalie Mitsche, sei ganz zufällig auf die Farben Schwarz-Rot-Gold gekommen. Sei dem wie ihm wolle. Tatsache bleibt, daß nach dem Vorkang der Burschenschaft die Patrioten

Schwarz-Rot-Gold als die Nationalfarben anerkannt. Wie in der Burschenschaft, so war überall in deutschen Ländern der Wunsch nach nationaler Einheit unter einem deutschen Kaiser und nach politischer Freiheit mächtig rege geworden, aber unter dem so unheilvollen Einfluß des österreichischen Staatskanzlers Metternich wurde der deutsche Einheitsgedanke vom reaktionären preussischen Staat mit Gewalt unterdrückt. Mit den scharfen Mitteln ging man gegen die „Demagogen“ und „Revolutionäre“ vor und suchte die akademischen „Büchereien“ zu verstopfen. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen, Bänder und Kokarden galten als „unerlaubte und verbrecherische Handlung und Zeichen des Aufruhr“, so daß sie am 5. Juli 1832 vom Bundesrat verboten wurden. Hunderte von Studenten wurden zu schweren Strafen, einige sogar zum Tod verurteilt. Man denke an Fritz Reuter und seine Festungslieb. Im Revolutionsjahr 1848 aber erklärte der Bundesrat in Frankfurt den alten deutschen Reichsadler für das Bundeswappen und Schwarz-Rot-Gold für die Bundesfarben. Auf neu verpönte die Reaktion diese Farben, sie ließen sich jedoch nicht völlig unterdrücken und 1863 wehte die schwarz-rot-goldene Fahne während des Frankfurter Fürstentags über dem Sitz der Bundesversammlung. Die Beratungen blieben erfolglos, da Preußen die Beteiligung ablehnte. Der Norddeutsche Bund, den Preußen nach 1866 ins Leben rief, wählte zu seinen Farben Schwarz-Weiß-Rot, weil Schwarz-Weiß die preussische Farbe ist und Rot in den Farben der meisten Bundesstaaten vorhanden war. Nach Bismarcks Erklärung soll das Rot aus den Farben Kurbrandenburgs (Rot und Weiß) herühren. Das 1871 neuerrstandene Deutsche Reich übernahm die Schwarz-weiß-rote Fahne vom Norddeutschen Bund. Die Farben Schwarz-(Karmesin-)Rot-Gold stimmen gut zusammen, sie haben einen warmen Gemütsfaktor und werden nun wohl die deutschen Farben bleiben.

Regierung und Arbeiterrat.

Berlin, 23. Nov. (Amtlich.) Die Resolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Uebergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Vertreterversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Groß-Berliner Vollzugsrat die Obliegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.

3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Uebertragung der Vollzugsgewalt der Republik.

4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch Preußens, erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.

5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte zusammengetreten. Der Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben werden.

Im Anschluß an diese Vereinbarungen, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festlegen, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

(Hiernach wurde der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Groß-Berlin von dem Sechsmännerkollegium der Volksbeauftragten als oberste Regierungsgewalt anerkannt und der Befugnisstreit wäre zugunsten des Ausschusses entschieden. Es wird sich nun fragen, wie die provisorische Regierung der Einzelstaaten sich dazu stellen werden, nachdem diesen gegen die „Ver-



lmer Diktator Verwahrung eingelegt hat. Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat neuerdings alle süddeutschen und die gleichgesinnten Räte in Norddeutschland aufgefordert, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung zu verlangen.

Die Umwälzung im Reich.

Ein Putz der Spartakusleute.

Berlin, 23. Nov. Nach einer Versammlung, in der Dieblich gesprochen hatte, zogen Versammlungsteilnehmer vor das Polizeipräsidium, um angebliche politische Gefangene zu befreien. Ein junger Mensch erschoss einen Soldaten der Wache, worauf diese ebenfalls schoß und zwei Personen tötete. Die Menge drang in das Amtshaus ein und befreite die Gefangenen, die wegen Diebstahls von Lebensmitteln festgenommen waren.

Berlin, 24. Nov. Die „rote Fahne“ meldet, der Stadtkommandant von Berlin, Wels, treffe Vorbereitungen zur gewaltsamen Unterdrückung der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Es sei hohe Zeit, diesen Vorbereitungen sich zu widersetzen.

In Berliner Fabriken werden Zettel von Hand zu Hand verbreitet, worin die Spartakusleute zum Generalstreik auffordern.

Die preuß. Regierung hat beschlossen, gegen die Aufregung der vom Westen kommenden Truppen durch die Spartakusleute scharfe Maßnahmen zu ergreifen.

Kiel, 24. Nov. In einer Versammlung von Matrosen protestierte Abg. Roske gegen die Annahme des sog. Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, neben oder über der Regierung seinen Willen durchzusetzen.

Zeitungsbeschlagnahme.

Hamburg, 23. Nov. Wie das „Curhavener Tagblatt“ mitteilt, ist das Blatt durch Beschlagnahme in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats übergegangen. Das Blatt erscheint vom 25. 11. ab unter dem Titel „Die Neue Zeit“.

Abfall des Rheinlands?

Berlin, 24. Nov. Dem „Vorwärts“ wird aus Köln geschrieben, in allen Schichten des rheinischen Bürgerturns, namentlich in liberalen Kreisen, machen sich Bestrebungen zur Loslösung vom Reich bemerkbar, da den Rheinländern die gegenwärtige Diktatur von Berlin aus unerträglich sei. Verschiedene Volkswirtschaftler haben bereits Berechnungen angestellt, daß das Rheinland als selbständige Republik durchaus lebensfähig sei.

Ein Bauernrat in Brandenburg.

Berlin, 24. Nov. Der „Vorwärts“ berichtet, in Bederbich sei der erste Bauernverein der Mark Brandenburg gegründet worden. Er verlange Ueberführung des Großgrundbesitzes in Bauernbesitz.

Hindenburg an die Reichsregierung.

Berlin, 22. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtsmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volks stützt, Frieden schließen werden.

Die deutsche Regierung hat die Oberste Heeresleitung angewiesen, daß sich die deutschen Truppen unter keinen Umständen in ein Feuergefecht einlassen dürfen, auch wenn die Franzosen schießen.

Die bayerische Volksregierung gegen Hindenburg.

München, 24. Nov. Rorr. Hoffmann. Amtlich. Der bisherige Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die Friedensverhandlungen zu stören. Der Ministerpräsident des Volksstaats Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschiedenen Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Born auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen. Ministerpräsident Kurt Eisner.

München, 24. Nov. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns erhoben durch Funkspruch bei den Entente- und neutralen Staaten Widerspruch gegen die herabwürdigende Behandlung der Arbeiter- und Soldatenräte durch den englischen Admiral Beatty, der die Vertreter nicht vor sich habe kommen lassen.

München, 24. Nov. Tschechische Blätter melden, daß der Grundbesitz des Königs von Bayern Ivancica in Mähren in Zwangsverwaltung genommen worden sei.

Wehe dem Besiegten!

Spaa (Belgien), 24. Nov. In der gestrigen Sitzung des Waffenstillstandsausschusses trillte der französische General Rudant mit, daß Marschall Foch es ablehne, auf die deutschen Beschwerden einzugehen. Die Schwierigkeiten seien dem Marschall nicht unbekannt, aber die deutsche Regierung habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen und müsse sie auch einhalten. Die Lage sei nun einmal so. General v. Winterfeldt verlas darauf einen neuen Einspruch, daß die Franzosen überhört die Bedinannnen nicht einhalten. So sei abge-

macht, daß die feindlichen Truppen den abziehenden Deutschen nur in einem Abstand von 10 Kilometern folgen dürfen. Die Franzosen seien aber, B. in Schlettstadt den deutschen Truppen auf dem Fuße gefolgt und haben dort 2 Bataillone und einige wichtige Formationen entwaffnet und gefangen gesetzt. Der durch Parlamentäre übermittelte Einspruch sei unbeachtet geblieben. Auch sonst zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos seine Macht ausnützt, namentlich in den Ansprüchen der Beschaffenheit des abzuliefernden Materials, der Gefangenentrückgabe usw. Ob auch unser ganzes Transport- und Ernährungsweesen zusammenbricht, Hungersnot und Arbeitslosigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint den erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein.

In Schlettstadt sind schwarze Truppen zur Besetzung eingedrückt. (Die Franzosen wollen uns offenbar auch noch ihre afrikanischen Keger auf den Hals schießen. D. Sch.)

Berlin, 24. Nov. An alle feindlichen Regierungen hat Staatssekretär Solff eine Note gerichtet: Im Vertrauen auf die Grundzüge des Präsidenten Wilson habe sich die deutsche Regierung um Vermittlung des Waffenstillstands an Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, auf Recht und Billigkeit gegründeten Waffenstillstands ist uns aber ein solcher der Vergewaltigung und der Vernichtung geworden; er bedeutet die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Waffenstillstand soll das schwer geprüfte Land der Verwirrung und Auflösung preisgeben. Unsere Einsprüche sind ungehört verhallt. Das deutsche Volk kann und will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen; deshalb muß man annehmen, daß die Aufrechterhaltung der unausführbaren Bedingungen die Vernichtung des deutschen Volks bezweckt. Auf die Bitte der Regierung, um baldigste Einleitung der Verhandlungen über den Vorfrieden, hat sie keine Antwort erhalten. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob das alles nicht ein Vorwand sei, den Krieg gegen das wehrlos gewordene deutsche Volk fortzusetzen. Die Regierung muß feststellen, daß das Verhalten der Franzosen in Elzaf-Lothringen und der Polen in den östlichen Grenzgebieten sowie nicht-deutscher Bestandteile von Oesterreich-Ungarn Verwundung vorzutreiben. Die deutsche Regierung erhebt dagegen schärfsten Widerspruch. Aus der Bestimmung, die einem solchen Vorgehen entspricht, kann ein Frieden von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden.

Köln, 23. Nov. An der Spitze der 6. Armee hat die deutsche Jägerdivision, die zu Beginn der deutschen Offensive gegen Italien aus einer Anzahl Jägerbataillone zusammengestellt wurde und eine kurze aber ruhmreiche Vergangenheit hat, das Reichsbild der Stadt Köln erreicht. Der Einmarsch durch die reichgeschmückten Straßen gestaltete sich zu einem jubelnden und herzlichen Empfang seitens aller Kreise der Bevölkerung.

Beschwerde der Heeresgruppe Gallwitz.

Berlin, 24. Nov. Die Heeresgruppe Gallwitz meldet: Arbeiter- und Soldatenräte fahren fort, größere Bestände der Truppen (Bäckereien, Kolonnen, Pioniere, Kernsprecher usw.) sowie einzelne Mannschaften, die auf eigene Faust zurückkehren, eigenmächtig in die Heimat zu entlassen. Dadurch wird die Führung und Ernährung der ordnungsmäßig zurückmarschierenden Fronttruppen, sowie die Herstellung von Brückenüberführungen über den Rhein gefährdet. Besonders groß sind die Uebelstände in Mainz und Frankfurt a. M. Es wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Die Uebergabe der deutschen Tauchboote.

Wilhelmshaven, 24. Nov. Die Bemannung der 21 Tauchboote, die an England ausgeliefert wurden, ist am 22. Nov. zurückgekehrt. Die Leute berichten, daß unter den englischen Seelenten eine musterzügliche Mannszucht und Ordnung herrsche. Ihr Verhalten, sowie das der Bevölkerung gegen die Deutschen war kühl, aber untadelig.

Das Tauchboot „U. 97“ hatte bei der Ueberfahrt nach England einen Wassereintrich und ist nach einiger Zeit gesunken. Die Besatzung wurde gerettet und von dem Begleitdampfer übernommen. Der von einer Havarie betroffene kleine Kreuzer „Köln“ geht im Schleppe nach England weiter.

Berlin, 24. Nov. Nach dem „Vokalanz“ wird von England aus verbreitet, sämtliche deutsche Häfen besitzden sich in den Händen der radikalsten sozialistischen Elemente. (Das soll wohl heißen, daß England sie besetzen will?)

Die Reichskonferenz.

Berlin, 24. Nov. Wie verlautet, haben die Vertreter der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die an der Konferenz der Bundesstaaten in Berlin am Montag teilnehmen werden, kundgegeben, daß eine süddeutsche Republik gegründet werde, wenn die Berliner Diktatur nicht aufhöre.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 24. Nov. Der Volksbeauftragte Ebert erklärte einem Zeitungvertreter gegenüber, die Regierung halte an dem Versprechen vom 12. November betr. Einberufung der Nationalversammlung fest. Aus dem ganzen Reich laufen von Gewerkschaften und Parteiorganisationen Kundgebungen in, die die Einberufung verlangen.

Konferenz im Haag?

Rotterdam, 23. Nov. Der Nieuwe Rott. Courant meldet, die deutsche Regierung habe um sofortige Eröffnung der Friedensverhandlungen im Haag und um Verhandlungen mit Amerika wegen Lebensmittelsendungen gebeten.

Vermittlung des Papstes.

München, 23. Nov. Auf eine Bitte des Erzbischofs Faulhaber, der Papst möge die Aufhebung der Blockade und die Erleichterung der Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland zu erwirken suchen, hat das päpstliche

Staatssekretariat mitgeteilt, der Papst habe bereits bei Wilson solche Schritte getan und sie erneuert. Er habe sich auch an die englische Regierung gewandt.

Reform des Schulwesens.

Berlin, 24. Nov. Das neugebildete preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird die Einberufung zu einer deutschen Schulkonferenz freizeitlich und neuzeitlich gerichteter Pädagogen und Sachverständiger veranlassen, die eine gründliche Erneuerung des Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll. Alle öffentlichen Schulen an Orten, wo keine besonderen Anstalten für Mädchen bestehen, sollen den Mädchen geöffnet werden. — Der Volksschullehrer Wenzel in Dahlem, Vertrauensmann des deutschen Lehrervereins, wurde ins Ministerium bernien.

Widerspruch gegen die Trennung von Kirche und Staat.

Köln, 24. Nov. Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, hat Kardinal von Hartmann in Köln bei der preussischen Regierung lehrlichst Verwahrung gegen die beabsichtigte Trennung von Staat und Kirche eingelegt, die ein starker Rechtsbruch sei.

Studentenbewegung.

Berlin, 23. Nov. Eine Versammlung von 3000 Studenten der letzten Einnahme eine Entschliessung, in der sie sich der gegenwärtigen provisorischen Regierung zur Verfügung stellt, soweit diese nicht-sozialistischen Kreisen die Teilnahme an der Leitung der Staatsgeschäfte zubilligt. Sie fordert die baldige Einberufung der Nationalversammlung und die Bildung einer studentischen Vertretung, die die Aufgabe hat, die Interessen der Studentenschaft bei allen zuständigen Stellen, vor allem auch diejenigen der aus dem Felde zurückkehrenden Studierenden wahrzunehmen. Sodann wurde ein Begrüßungstelegramm an die Studentenschaft Deutsch-Oesterreichs abgefasst.

Neues vom Tage.

Die Engländer in deutschen Häfen?

London, 24. Nov. „Sunday Times“ erfährt, in dieser Woche werden englische Kriegsschiffe nach Wilhelmshaven und Kiel kommen, um sich zu überzeigen, daß die Abfertigung in vorgeschriebener Weise ausgeführt wird. Außer dem englischen Admiral soll ein französischer, italienischer und amerikanischer Admiral mitkommen. Admiral Beatty verlangt statt der beschädigten Schiffe die sofortige Auslieferung eines tadellosen Schlachtschiffs und eines anderen kleinen Kreuzers (statt der „Köln“). — Steht dies: Visitation auch im Waffenstillstandsvertrag?)

Das angebliche Friedensangebot.

Berlin, 23. Nov. Der gegenwärtige bayerische Finanzminister Jaffe hatte behauptet, im Spätherbst 1917 sei ihm in Gent von amerikanischer Seite ein Friedensangebot übermittelt worden, die Regierung in Berlin habe es aber unbeachtet gelassen. Dazu wird von amtlicher Seite erklärt: Der betreffende Amerikaner (ein Professor Herron, der nach der „Voss. Ztg.“ in Amerika selbst keinerlei Ansehen hat und zu Wilson keinerlei Beziehungen steht), sei von niemand ermächtigt gewesen, ein Friedensangebot zu machen. Die Regierung habe sich daher auf das von Jaffe eingekaufte Material, das sie genau prüfte, nicht einlassen können. Damals waren die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk im Gange, die bekanntlich eigens zu dem Zweck unterbrochen wurden, um den Verband zu Friedensverhandlungen einzuladen. Der Verband hat aber darauf keine Antwort gegeben und auch die späteren wiederholten geheimen Friedensverträge von österreichischer und deutscher Seite wurden scharf abgewiesen.

Thronverzicht des Großherzogs Friedrich II.

Karlsruhe, 23. Nov. Der Großherzog von Baden erklärt in einer Kundgebung an das badische Volk, daß er, um die Beamten, Soldaten und Staatsbürger für die Vorbereitungen zur verfassunggebenden Versammlung von jeder Hemmung zu befreien, sie des Treueids entbinde und für sich und den Prinzen Max von Baden, sowie dessen Nachkommen auf den Thron verzichte. Die vorläufige Volksregierung gibt bekannt, daß der Großherzog und seine Familie den Schutz der badischen Republik genießen. An den Gründen, die die Venderung der Lage notwendig machten, trage der Großherzog persönlich keine Schuld. Das badische Volk kenne die Liebe des Großherzogs für das badische Land, es gedenke der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands.

Wien besetzt?

Wien, 24. Nov. Die Besetzung von Wien und Salzburg steht unmittelbar bevor. (Dadurch soll der Antritt Deutsch-Oesterreichs an das Reich verhindert werden.)

Uneinigkeit in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 24. Nov. Die christlich-soziale Parteikorrespondenz „Austria“ schreibt gegenüber der sozialdemokratischen Forderung, für ganz Deutsch-Oesterreich gemeinsame Wahllisten für die verfassunggebende Versammlung aufzustellen: die deutsch-österreichischen Alpenländer werden eher aus dem Staatsverband austreten, als sich zu Provinzen gegenüber der sozialistischen Regierung in Wien herabdrücken zu lassen.

Adler Ehrenvorsitzender der Roten Garde.

Wien, 24. Nov. Der Mörder des Ministerpräsidenten Stürgkh, Adler, wurde zum Ehrenvorsitzenden der Roten Garde gewählt.

Die Polen.

Berlin, 24. Nov. Am 19. November wurde ein Transportzug der Armee Madajewski in Teichen (Osterr. Schizien), von polnischen Legionären entwisst, am 21. November aber wieder freigegeben.

Krakau, 23. Nov. Die polnischen Truppen haben heute Lemberg eingenommen.

Gegen den Bolschewismus.

Moskau, 23. Nov. Die Verbandsmächte haben in Sibirien einen Aufruf erlassen, daß sie den Bolschewismus in Rußland vernichten werden. Jeder Bolschewist wird für vogelfrei erklärt. Die Mächte erkennen nur solche Truppen an, die gegen die Sowjetregierung kämpfen.

Stockholm, 23. Nov. In Rußland haben an verschiedenen Stellen große Bauernunruhen stattgefunden. Die Kajanbahn ist stellenweise zerstört. Die Lage der dortigen Sowjetregierung gestaltet sich immer schwieriger.

Die amerikanischen Kriegsausgaben.

Washington, 24. Nov. Die Kriegskosten der Vereinigten Staaten belaufen sich auf rund 93 Milliarden Mark. — Man glaubt, daß das Parlament kein bestimmtes Flottenprogramm gutheißen werde, bevor man nicht über die künftige englische Politik Gewißheit habe.

General March teilt mit, daß die Gesamtverluste des amerikanischen Heeres bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes 53 169 Tote, 179 625 Verwundete und 3 323 Gefangene und Vermißte betragen. Die Amerikaner haben 44 000 deutsche Gefangene gemacht und 1400 Geschütze erbeutet. March teilt ferner mit, daß Koblenz als Ziel des amerikanischen Vormarsches bestimmt sei.

Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354 449 Tonnen Schiffsraum durch feindliche Tätigkeit von Beginn des Kriegs bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. 776 Menschen sind dabei umgekommen. 19 Schiffe gingen mit 67 Menschenleben durch Torpedos, Minen und Geschützfeuer vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

Die amerikanische Seemacht.

Washington, 22. Nov. Der Marinekommission des Repräsentantenhauses wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im Jahre 1920 doppelt so stark sein werde, wie im Jahre 1917. Sie werde alsdann aus 800 Schiffen bestehen.

Washington, 22. Nov. (Neuer.) Mac Aboo, der Schwiegerohn Wilsons, hat seine Entlassung als Staatssekretär und Generaldirektor der Eisenbahnen genommen. — Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover ist in England angekommen.

Ein Milliarden-Vorschlag.

Washington, 24. Nov. Das Schatzamt hat Vorschlag einen weiteren Vorschlag von über einer Milliarde Franken gewährt.

Paris, 23. Nov. (Davos.) Clemenceau und Foch sind einstimmig zu Mitgliedern der Academie francaise, der obersten wissenschaftlichen Körperschaft Frankreichs, gewählt worden.

Der Durchzug der 19. Armee.

Zweibrücken, 23. Nov. Den unübersehbaren Gepäcks-, Munitions-, Kraftwagen- und Lazarettkolonnen der letzten Tage folgten nunmehr die Durchmärsche der geschlossenen Infanterietruppententeilen unter klingendem Spiele. Die hier durchgezogenen Heereskörper gehören meist der Heeresgruppe des Herzogs Albrecht von Württemberg an und setzten sich zusammen aus Teilen der 2. württembergischen Landwehrdivision, der 84., 18. und 48. Landwehrdivision, ferner zugeordneten ungarischen Honveddivisionen und österreichischen Regimentern. Die Mehrzahl der Truppen kam von Verdun und der lothringischen Front, meist in bequemem Marschzug, die geschmückte Feldmütze auf dem Kopf, das Gewehr umgehängt oder auf dem Bogagewagen. Die Landwehr führte ihr Gepäck auch vielach in zahlreichen zweirädrigen Handkarren in Reih und Glied mit. Die militärische Ordnung war allenthalben musterhaft. Als letzte Kolonne passierten gestern die Stadt u. a. heftige und badische Infanterie, Sanitätskompanien, Feldlazarette usw. Mehr als 60 000 Mann, Tausende von Pferden und Fahrzeugen aller Art hatten sich innerhalb 8 Tagen durchgezogen. Die ungarischen Truppen haben ein unrühmliches Andenken hinterlassen. Begünstigt war der Vormarsch durch sehr günstiges Wetter und gute Beschaffenheit der Straßen. Mit dem Eintritt in die Pfalz wurde den von der lothringischen Front kommenden Kämpfern erstmals ein herzlicher Empfang zuteil. In Lothringen zogen die Einwohner vieler Dörfer bis in die Nähe der Pfälzer Grenze an den deutschen Truppen vorbei den nachfolgenden Franzosen entgegen, ausgerüstet mit Schärpen und Fahnen in französischen Nationalfarben und begleitet von Ehrenjungfrauen und sogenannten „Festgeißeln“ in Nationalkostümen, wobei sich viele nicht verdrücken ließen, deutsches Militäreigentum, wie geraubte Diefel, Dosen usw. zu tragen. Unferne himmelstreichende Soldaten wurde feindselige Bestimmung angesetzt.

Baden.

Thronverzicht des Großherzogs Friedrich II. von Baden.

Karlsruhe, 23. Nov. An das badische Volk! Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, die die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch die Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reich für geboten erachten, erlaube ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron. Diesen Verzicht erkläre ich mit Zustimmung meines Vaters, des Prinzen Max von Baden, auch für ihn

und seine Nachkommen. Mein und meiner Vorfahren Bestreben war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem letzten schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu Heimat und Volk hört nimmer auf. Gott schütze mein liebes Vaterland. Schloß Yangelstein, den 22. November 1918. Friedrich.

Die badische vorläufige Volksregierung erklärt: Großherzog Friedrich II. hat dem Thron entsagt. Er und seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre und ihr Leben genießen den Schutz der badischen Republik. Die Aenderung der Staatsform in Baden ist die Folge der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung. Der Großherzog hat im Interesse des badischen Volkes die Forderungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen. Das badische Volk kennt die Liebe zur badischen Heimat, die der Großherzog auch wieder in den Entschlüssen der letzten Tage betätigt. Es gedenkt der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und um die Gedanken der Völkerverständigung. Eine neue Zeit ist angebrochen. Alle Badener rufen wir auf zur Mitarbeit am Volke für die Freiheit und das gleiche Recht. Vorwärts mit aller Kraft! Es lebe die Republik Baden!

(-) **Karlsruhe, 23. Nov.** (Badens Stellung zur Reichsregierung.) In der Reichskonferenz ist die prov. badische Regierung durch den Ministerpräsidenten Geiß und den Minister des Innern Dr. Haas vertreten. Die bad. Volksregierung wird für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einreten.

Gasgefüllte
Wotan-Lampen
sind zeitgemäß

Die Edelgas Füllung ermöglicht höchste Ausnutzung des Stromes.

In Wildbad zu haben bei Eugen Jahnke.

(-) **Karlsruhe, 23. Nov.** Die nationalliberale Partei Badens veröffentlicht einen Aufruf, in dem u. a. aufgefordert wird, daß der Staat den Vermögenszuwachs, der im Krieg erzielt wurde, wieder dem Staate zuführe. Freiheit des Koalitionsrechts und Freiheit der Religionsübung seien zu verlangen ebenso staatliche Ausbau aller Wasserkräfte, die Uebernahme der Elektrizitätswerte auf den Staat, die Verstaatlichung des Berg- und Hüttenwesens, der Kali- und Kohlengruben. Der Aufruf wünscht dann weiter eine Verbindung der Sparläsen durch eine zentrale Organisation, Uebergang der übermäßigen großen Güter auf den Staat, Unterstützung des städtischen Mittelstandes, eine gesunde Wohnungspolitik für die Arbeiterschaft. Schließlich tritt der Aufruf für das Festhalten am Reichsgedanken ein.

(-) **Mannheim, 23. Nov.** Am Donnerstag fand hier im Bürgerauschuhsaal die 1. Landesversammlung der A- und S.-Räte Badens statt, zu welcher die Vertreter von 70 badischen A- und S.-Räten erschienen waren. Reichstagsabgeordneter Oskar Ged betonte, daß die konstituierende Versammlung mit Beschleunigung einberufen werden müsse. In Baden seien bei den Wahlen zur Nationalversammlung etwa 1 100 000 Wähler vorhanden, darunter, aber die Hälfte Frauen. Dr. Pfeiffenberger sprach über die Organisation der A- und S.-Räte. Als dringendste Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnete er die verfassungsmäßige Begründung der neuen Zustände. Die neue Regierung sehe nicht ausweichend unter Kontrolle. Vor April nächsten Jahres könne man in Baden wohl nicht in geordnete parlamentarische Verhältnisse kommen, da die Nationalversammlung bloß die Verfassung zu geben habe und Neuwahlen auszuschreiben wären. Deshalb sei aus den A- und S.-Räten für die Uebergangszeit ein parlamentarischer Körper zu bilden. Es müsse ihnen die Möglichkeit zur Mitarbeit an der Landesverwaltung gegeben werden, da die A- und S.-Räte nicht die Gewähr haben, daß die unteren Verwaltungsämter, die Bezirksämter, restlos im Sinne der neuen Ideen arbeiteten. Es müsse bestimmt werden, daß untere Verwaltung mit den A- und S.-Räten zusammenarbeiten. Justizminister Marum führte aus, es bestehe heute noch nicht die Sicherheit, daß die Durchführung der Lebensmittel an die Städte gesichert werden könne. Die Regierung lege Wert darauf, mit den A- und S.-Räten zusammen zu arbeiten. Aber die Verbindung zwischen ihnen und der Regierung müsse erst organisiert werden. Es sei zu begrüßen, wenn die Räte einen Landesauschuh wählten, der in allen wichtigen Fragen von der Regierung in Kenntnis gesetzt und zur Beratung zugezogen würde. Durchzuführen sei schon heute, daß die lokalen A- und S.-Räte die Kontrollbehörde über die lokalen Verwaltungsbehörden (Bezirksämter usw.) werden. Die übergroßen Güter wie auch die Wasserkräfte und die elektrische Kraftzeugung

sollten unverzüglich für die Allgemeinheit in Anspruch genommen werden. Die Kontrolle an der Schweizer Grenze müsse noch schärfer sein, um die Verschleppung der Kriegsgewinne zu verhindern.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 23. Nov.** (Aus dem Parteileben.) Die württ. Volkspartei ist auf Antrag des Abgeordneten Payer, Gaußmann, Viesching und Fischer der Deutschen Demokratischen Partei beigetreten.

Eine gut besuchte Vertreterversammlung der Nationalliberalen Partei sprach sich gestern für die Einigung aller liberalen Parteien aus.

(-) **Stuttgart, 24. Nov.** (Die Kontrolle des A.-R.) Der Aktionsauschuh des Arbeiter-Rats Stuttgart hat die wichtigsten wirtschaftlichen Bereiche, das Ernährungs-, Wohn-, Polizei-, Finanz- und das Arbeiterwesen unter die Kontrolle des Arbeiter-Rats gestellt.

(-) **Stuttgart, 23. Nov.** (Von der Spartakusgruppe.) Die „Rote Fahne“, die bis jetzt in der „Württembergischen Zeitung“ gedruckt werden mußte, wird nunmehr in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht“ hergestellt. Die hiesige Spartakusgruppe hat den „Degelecher Anzeiger“ angekauft.

(-) **Stuttgart, 24. Nov.** (Brotmarkendiebstahl.) In Waagen wurden in der Wilhelmsschule mehrere hundert Brot- und Fleischstücken und eine Menge des Lehrers gestohlen.

(-) **Bussenhausen, 24. Nov.** (Die Handgranate.) Auf dem Grundstück der Vereinigten Eisenhandlungen Zahn u. Nopper werden gegenwärtig vom Felde kommende Wagen mit Aluminium entladen. Einige Knaben stiegen über den hohen Zaun, um das Aluminium zu durchsuchen. Dabei fiel ihnen eine Handgranate in die Hände. Der 9 Jahre alte Knabe Egeler wollte den Messingring entfernen, wobei die Granate explodierte und ein Sprengstück den Knaben tödlich verletzte.

(-) **Lauffen a. N., 24. Nov.** (Unglücksfall.) Die 23jährige Ehefrau Pauline Sinner war im ersten Stock des Hauses in Böhlingen zu Besuch. In einer der letzten Nächte brach dort Feuer aus und bei dem Versuch, über die Treppe zu flüchten, stürzte die junge Frau mit der zusammenbrechenden Treppe in die Tiefe. Sie starb an den erlittenen Verletzungen. Der Ehemann befindet sich auf dem Heimmarsch aus dem Felde.

(-) **Calw, 23. Nov.** (Schultheißenwahl.) Bei der heutigen Schultheißenwahl wurde Ratsschreiber Götter von Untertürkheim mit 204 Stimmen gewählt. Von 625 Wahlberechtigten haben 499 abgestimmt. Schultheiß Hund-Rohrader erhielt 160 Stimmen und Schultheiß Rath-Lustnau 136 Stimmen.

(-) **Ellwangen, 23. Nov.** (Grippe.) Im Gefangenenlager sind der Grippe 5 italienische Offiziere und 8 Mann zum Opfer gefallen.

(-) **Geislingen a. St., 24. Nov.** (Gesperre Mühlen.) Das Oberamt hat die Mühlen des Johannes Kast (Höhlmühle), des Jakob Krämer (Seemühle), der Witwe Anna Allgäwer (Neumühle) in Geislingen und die des Karl Nägele in Weissensteig bis auf weiteres für den Kraftverkehr der Selbstversorger gesperrt.

(-) **Neutlingen, 23. Nov.** (Straflicher Leichsinn.) Kürzlich hatten wir etwa 1000 Ungarn über Nacht im Quartier. Ein Teil von ihnen war im Saal der Kleinkinderschule untergebracht. Nach ihrem Abzug fand man im Kohlenfäller vier Rahmen scharfer Patronen.

(-) **Neutlingen, 23. Nov.** (Neuer Prälat.) Nachdem der bisherige Generalsuperintendent von Neutlingen, Prälat D. von Hermann, sei Amt niedergelegt hat, ist Geheimer Kirchenrat D. Schödl, Direktor des Predigerseminars in Friedberg, der früher hier Stadtpfarrer war, zu dessen Nachfolger ausersehen worden.

(-) **Tuttlingen, 24. Nov.** (Bilkommen Gabe.) Eine freundliche Ueberraschung wurde den Arbeitern und Angestellten der Firma Rieker u. Cie. zu teil. Jeder verheiratete Arbeiter erhielt ein Geschenk von 150 Mk., ledige Arbeiter 40—100 Mk., Arbeiterinnen, verheiratet, 100 Mk., für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Mk. mehr; ledige Arbeiterinnen 40—80 Mk. Dieselbe Zuwendung in gleichem Maßstab erhalten alle vom Feld heimkehrenden, vor dem August 1914 bei der Firma beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

(-) **Vöckau, 23. Nov.** (Junge Pfländerer.) Während der Einquartierung in der Nacht vom 19. auf 20. November haben zehn junge Pfländerer die Bagage des Stabs des Artillerie-Regiments 70 mit A.-meerevolvern, Waffen, Kleidungsstücken und Lebensmitteln ausgeplündert. Der Landjäger hat die Pfländerer noch in derselben Nacht festgenommen; sämtliches gestohlenen Gut, mit Ausnahme der Lebensmittel, ist wieder herbeigebraht.

Vermischtes.

— **Freigabe der Jagd?** Nach dem „Berl. Tageblatt“ sind in Berlin Verhandlungen über die Freigabe der Jagd in Schwabe. Diese Meldung klingt geradezu unglücklich; denn eine Freigabe der Jagd würde natürlich auch das Ende der Jagd, das Aussterben des Wildstandes bedeuten. Das Jagdrecht steht denn im allgemeinen den Grundeigentümern zu; es dürfte sich eine Regelung lediglich auf fiskalische Jagden erstrecken, über die das Verfügungsrecht dem Staat zusteht. Die Meldung ist also noch sehr zu bezweifeln.

Der verhasste Bürgermeister. In Dinkelsbühl gab am 17. November der Bürgermeister Götter in der Magistratsung die Erklärung ab, er lehne die Kontrolle eines bestimmten, vom Arbeiterrat aufgestellten Mitglieds des Arbeiterrats ab. Er verzichte auf Amt und alle sonstigen Ansprüche. Nach Eröffnung der Sitzung erschien ein Mann und verlangte zu reden. Der Bürgermeister unterbrach ihn dies, da die Sitzung bereits eröffnet sei. Der Mann entfernte sich, kehrte aber mit einer Abordnung des Arbeiterrats wieder zurück, die den Bürgermeister verhaftete.



Die deutschen Kriegsopfer an Menschen bis 31. Oktober 1918 werden von den „Vol. post. Nachrichten“ folgendermaßen angegeben: Tot sind 1.580.000 Mann, verwundet rund 4 Millionen, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß Leute, die wiederholt verwundet wurden, auch mehrmals gezählt sind. Kriegsgefangene sind 490.000 und als vermisst werden 260.000 gemeldet. Von den Letzteren dürfte ein Teil nicht mehr am Leben sein.

Arbeitswechsel. Durch die Einstellung der Rüstungen werden viele tausend Arbeiter der Rüstungsindustrie entbehrlich. Andererseits wird die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150.000 Wagen an den Feind und der abgenützte Zustand des Eisenbahnmateriale die stärkste Inanspruchnahme der einschlägigen Industrie zur Wiederherstellung des vollen Eisenbahnbetriebs zur Folge haben. Im Eisenbahnwagen- und Lokomotivbau werden daher besonders geübte Facharbeiter, Kesselschmiede, Maschinenschlosser usw., in größter Zahl sofort Verwendung finden können.

Nahrungsmittelversorgung in der Uebergangszeit. In der nun angebrochenen Uebergangszeit, wo ein Millionenheer von der Westfront in seine Standorte zurückkehrt, steigen sich die Ernährungschwie-

rigkeiten ganz außerordentlich. Es liegt auf der Hand, daß die Behörden in allererster Linie auf die volle Bereitwilligkeit der im Lande vorhandenen Erzeuger aller in Betracht kommenden Nahrungsmittel angewiesen sind. Mit Zufahren aus dem Ausland kann gerade in den nächsten kritischen Wochen noch nicht gerechnet werden.

Das Land ist ausschließlich auf seine eigene Erzeugung angewiesen und muß mit dieser unter Rücksichtnahme der durch die Truppenheimkehrungen stark in Anspruch genommenen Eisenbahn die Bevölkerung ausschließlich versorgen. Gelingt dies etwa deshalb nicht ausreichend, weil die Landbevölkerung ihre Erzeugnisse zurückhält, so entfehrt für die Behörden die unbedingte Notwendigkeit, zu rücksichtsloser Erfassung des Vorhandenen schreiten zu müssen, ganz zu schweigen von der Gefahr, daß infolge Hungersnot einzelne besonders betroffene Gruppen der Bevölkerung vielleicht versuchen könnten, mit Gewalt den Landwirten abzunehmen, was sie zu Ernährung nötig zu haben glauben. Neuerdings aufgetretene Zweifel, ob die Zahlung für gelieferte Nahrungsmittel auch künftighin sichergestellt sei, werden mit aller Bestimmtheit als unbearündet zurückgewiesen.

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß für diese Zahlungen, soweit sie nicht wie früher in bar erfolgen, die bisher haftenden Stellen auch künftig eintreten werden.

Personenverkehr. In nächster Zeit wird die die Verkehrsstelle Camstatt Wagen 1/2. und 2. Klasse dem Betrieb übergeben, bei denen ein Teil der bisher gepöhlerten Sitze durch geschweifte Holzsitze mit Armlehnen ersetzt ist.

Der Preis für Kunsthonig ist infolge der Erhöhung des Zuckerspreises für das Pfund auf 80 Pfg. in Packungen und 78 Pfg. bei losem Verkauf erhöht worden.

Kaffee in Aussicht. Die Kaffee Ernten sind in den letzten Jahren in Brasilien gut geraten und große Vorräte liegen in Santos, Bahia und anderen Häfen. Es ist deshalb zu hoffen, daß bald nach Friedensschluß wieder Kaffee in Menge auf den deutschen Markt kommen wird.

Einige Zeitmangel muß das Eingefand auf Morgen zurückgeschickt werden.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reichardt daselbst.

Gebrauchte entbehrliche Anzüge für unsere heimkehrenden Soldaten

Der Mangel an Zivilkleidung macht sich bei unseren heimkehrenden Soldaten drückend bemerkbar. Ich bitte die Einwohnerschaft dringend, alle nur entbehrlichen Kleidungsstücke sofort zur Altkleiderstelle (Kaufmann Bosh) zu bringen damit wenigstens der größten Not gesteuert werden kann.

Wildbad, den 23. Nov. 1918.
Stadtschultheißenamt Wagner.

Rote Rüben, Kopfskollrübchen und Kartoffeln.

Auf dem Lebensmittelamt, werden am Dienstag und Mittwoch Kopfskollrübchen und Rote Rüben in beliebiger Menge abgegeben. Die Einwohnerschaft wolle ihren Bedarf möglichst reichlich eindecken, da voraussichtlich an Gemüse nur noch wenig hereinkommen wird. An die heimgekehrten Krieger werden 2 Ztr. Kartoffeln abgegeben, bis weitere Sendungen hereinkommen.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung

Am Mittwoch den 27. Nov. 1918 kommen im Brotartenabgabefokal in Spollenhaus die

Waid- und Streugelder

von vormittags 10—12 Uhr für die Parzellen Christofhof, Altbarmühle, Spollenmühle und Spollenhaus, von nachmittags 1—2 Uhr für die Parzellen Kollhänle und Nonnenmish zur Auszahlung.

Kleingeld ist mitzubringen.
Wildbad, den 25. Nov. 1918.

Stadtpflege.

Achtung!

Wer militärische Kleidungs- und Ausrüstungsstücke jeder Art, wer überhaupt Gegenstände, deren rechtmäßiger Erwerb nicht mit genauester Sicherheit nachgewiesen wird, kauft, als Pfand erwirbt oder sonst an sich nimmt,

wird als Plünderer bestraft!

Das Publikum ist verpflichtet, derartige Fälle der unterzeichneten Stelle sofort zur Anzeige zu bringen.

Wildbad, den 23. Nov. 1918.

Soldaten- und Arbeiterrat

Geschäfts-Empfehlung.

Der hiesigen Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich von heute ab mein Fuhrgeschäft (Einspanner) wieder im Betrieb habe und empfehle mich bei vorkommenden Fuhrn aller Art.

Friedrich Eitel Fuhrmann
Kendbachstr. Nr. 212.

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Wir setzen unsere Kameraden von dem Ableben des Offiziers des 2. Zugs

Fritz Funk, Hotelier

in Kenntnis und werden die Kameraden ersucht, zur Beerdigung morgen nachmittag um 1/2 Uhr vor dem Rathaus anzutreten.

Das Kommando.

Militär-Verein Wildbad.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben unseres Kameraden

Fritz Funk Hotelier

in Kenntnis Antreten zur Beerdigung Dienstag mittag 1/2 Uhr vor dem Rathaus.

Der Vorstand.



Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten, die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber hoffnungsvoller Sohn und Bruder

Kriegsfreiwilliger

Eugen Böckle

nach langem schweren Leiden, welches er sich im Felde zugezogen hat, am 23. Nov. im Sanatorium deutscher Kriegerhilfsbund in Davos, im Alter von 20 1/2 Jahren, sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten die tieftrauernden Eltern.

Forstwart Böckle mit Frau und Geschwister

Wildbad, den 25. Nov. 1918.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass mein lieber treubesorgter Mann unser guter Vater Schwager, Onkel und Neffe

Fritz Funk

Hotel Graf Eberhard

Freitag nacht 12 Uhr nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 39 Jahren im Reserve Lazarett 11 im Stuttgart sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bittet die tieftrauernde Gattin:

Pauline Funk

geb. Hempel mit ihren Kindern.

Beerdigung in Wildbad, Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Wildbad, den 25. Nov. 1918.

Tamavino

Gesunder Aromast Ersatz

in Portionen für 100 Str.

mit künstl. Süß Stoff Nr. 9—

ohne künstl. Süß Stoff für 75 Str. Nr. 6—

empfehl

Robert Creibser,

Gv. Kirchendor, heute abend 8 Uhr

Jungstunde

Schirme, Spazier- und Bergstöcke

aparte Neuheiten, niedere Preise

bel

Chr. Schmid u. Sohn

nur König-Karlstr. 68,

neben Hotel Deutscher Hof.

Eine kleine Wohnung

hat bis 1. Januar zu vermieten.

Geigle Waddener.

Gesundes tüchtiges

Mädchen

sofort gesucht.

Näheres in der Erved. [186]

Damen- u. Mädchen-Bekleidung

Storchheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

Mantel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Pulsen Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Untertröcke.